

SOS-WOHLSTAND

DEKLARATION

DES PRÄSIDIUMS DER INDUSTRIELLENVEREINIGUNG IM WAHLJAHR 2024

Österreich verliert Jahr für Jahr an Wettbewerbsfähigkeit. Im weltweiten IMD-Ranking rutscht Österreich neuerlich ab und landet auf dem 26. Platz. Gründe dafür sind eine Vielzahl von Belastungen wie hohe Energiepreise, steigende Arbeitskosten, der Fachkräftemangel und eine überbordende Bürokratie. Vor dem Hintergrund der bevorstehenden Nationalratswahl zur XXVIII. Gesetzgebungsperiode ist es essenziell, dass die künftige Regierung diese Herausforderungen mit größter Entschlossenheit und Weitsicht angeht. Das Präsidium der Industriellenvereinigung (IV) schlägt acht zentrale Maßnahmen vor, die unerlässlich sind, um den Standort Österreich nicht nur zu reparieren, sondern ihn als einen der führenden und wettbewerbsfähigsten Industriestandorte wieder in die erste Reihe zu bringen.

1. STEUERQUOTE AUF 40 Prozent BIS 2030

Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Österreich hat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Mit den Erbschafts- und Vermögenssteuerfantasien stellt sich Österreich selbst ein Bein. Fast kein Land in der EU setzt mehr auf diese veralteten Konzepte, stattdessen baut man auf Wachstum, Innovation und Leistung. Es braucht einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

2. DIE FLEISSIGEN ENTLASTEN - LOHNNEBENKOSTEN SENKEN

Österreich ist Weltmeister im Besteuern. Ausgehend vom Bruttolohn zahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Österreich rund 46,8 Prozent an Abgaben auf Arbeit. Damit verzeichnet Österreich die vierthöchste Belastung in der OECD. Bei den Beiträgen, die durch den Arbeitgeber zu leisten sind, liegt Österreich mit 21,8 Prozent über 5 Prozentpunkte höher als Deutschland. Insbesondere durch eine massive Senkung der Lohnnebenkosten – ohne dabei den Sozialstaat in Frage zu stellen – gelingt es, dass den Menschen in diesem Land mehr Netto vom Brutto überbleibt.

3. UNTERNEHMEN STATT UNTERLASSEN

In Österreich muss ein Zurückbesinnen auf vergessene Tugenden wie Leistung und Eigenverantwortung stattfinden. Es braucht eine Bewegung weg vom Vollkasko-Staat, der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie durch unbegründete Hindernisse zu diffamieren und zu vertreiben. Dem gelebten Unternehmer-Bashing gilt es entschieden entgegenzutreten.

4. GREEN DEAL NEU

Bei der Umsetzung des Green Deals und der grünen Transformation ist es wichtig, dass nachhaltiges Handeln im Sinne der Wirtschaftlichkeit, sozialen Verträglichkeit und ökologischer Aspekte weiterhin rentabel bleibt und nicht durch zusätzlichen Bürokratieaufwand bestraft wird. Der Green Deal muss neu gedacht werden und endlich als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

5. PENSIONSREFORMEN UNAUSWEICHLICH

Das aktuelle Pensionssystem ist unfair und verbaut den nächsten Generationen die Zukunft. Bis 2050 wird unser Pensionssystem das Budget kumuliert mit einer Billion Euro belasten, wenn wir keine weiteren Reformen durchführen – eine Billion Euro, die wir in Bildung, Infrastruktur und unsere Innovationskraft investieren könnten. Es braucht eine konsequente Reform und moderne Ansätze zur Altersvorsorge. Durch konkrete Anpassungen im Pensionssystem muss das faktische Antrittsalter in den kommenden Jahren dem OECD-Niveau angeglichen werden.

6. EXPORTE MASSIV STEIGERN

Als Exportnation sind wir auf fairen Handel mit verlässlichen Partnern angewiesen. Mit einer Exportquote von 60 Prozent werden 1,2 Millionen Arbeitsplätze durch die Ausfuhr heimischer Produkte gesichert. Österreich muss deshalb seine ablehnende Position bezüglich fairer Freihandelsabkommen ändern und sich vom Blockierer zum Gestalter des Freihandels bewegen. Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für den Standort sind dabei unerlässlich, um unsere Exportwirtschaft zu stärken.

7. BEFREIUNGSSCHLAG AUS DEM BÜROKRATIEDSCHUNGEL

Es braucht einen Befreiungsschlag aus dem dichten Bürokratiedschungel in Österreich sowie der Europäischen Union. Österreich muss sich klar positionieren und auf die von der EU-Kommission angekündigte Verringerung der Berichtspflichten um 25 Prozent bestehen. Dabei muss bei der nationalen Ausgestaltung von EU-Richtlinien Gold Plating vermieden werden.

8. WIRTSCHAFTSBILDUNG IN ALLEN SCHULEN

Wirtschaftsbildung muss in der bildungswichtigen Grundbildung mehr Gewicht bekommen, um einerseits das Bewusstsein zu stärken, selbst ein Teil der Wirtschaft zu sein und andererseits, um die Fähigkeit zu vermitteln, sich in diesem System selbstbestimmt bewegen zu können. Dies erfordert eine verstärkte Einbindung der Praxis in den Lehrplan und eine gezielte Ausbildung der Pädagogen, um die Brücke zwischen Theorie und realer Wirtschaftswelt zu schlagen.

DAS PRÄSIDIUM DER INDUSTRIELLENVEREINIGUNG


Georg Knill
IV-Präsident


Sabine Herlitschka
IV-Vize-Präsidentin


Patricia Neumann
IV-Vize-Präsidentin


F. Peter Mitterbauer
IV-Vize-Präsident


Adelheid Adelwöhrer
Präsidentin IV-Burgenland


Timo Springer
Präsident IV-Kärnten


Kari Ochsner
Präsident IV-Niederösterreich


Stefan Pierer
Präsident IV-Oberösterreich


Max Klogner
Präsident IV-Tirol


Peter Unterkofler
Präsident IV-Salzburg


Elmar Hartmann
Präsident IV-Vorarlberg


Kurt Maier
Präsident IV-Steiermark


Christian C. Pochtler
Präsident IV-Wien


Julia Aichhorn
Bundesvorsitzende
Junge Industrie